Landeshauptstadt Magdeburg
Gerhard Ruden MdL
Stadtrat der CDU-Ratsfraktion

Persönliche Erklärung

zu TOP 9.15, Antrag A0143/04 „Patengemeinde des Zentrums gegen Vertreibung“, 4(IV)2004. Stadtratssitzung am 7. Oktober 2004

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin tief erschüttert über die Diskussion, die hier zu diesem Tagesordnungspunkt stattgefunden hat.

Ich stelle fest, dass gerade die Fraktion, die aus ihrer Geschichte sicher den größten Abstand zum Thema „Vertreibung“ hat, mit ihrem Überweisungsantrag hier den sachgerechtesten Beitrag geleistet hat.
Insbesondere die Stimmen aus der SPD-Fraktion, die vom „Tätenvolk“ sprechen, sind für dieses Thema vollkommen unpassend.
Mit welcher Berechtigung, meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, machen sie jeden von uns zu einem Täter, wo Schuld doch immer persönlich ist?
Der Bund der Vertriebenen ist eine integere Organisation mit hoher Reputation in der Alt-Bundesrepublik.
Schon 1950 hat er deutlich gemacht, dass ihre Politik auf Versöhnung mit den osteuropäischen Völkern, die besonders unter den Verbrechen des 2. Weltkrieges zu leiden hatten.
Offenbar ist genau das für unseren Stadtrat nötig, was die PDS-Fraktion mit ihrem Antrag auf Überweisung beabsichtigt: Information und Diskussion in den Ausschüssen.

Gerhard Ruden